

Niederschrift

über die 32. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften

Sitzungstag: 22.11.10
Sitzungsort: Sitzungssaal des Rathauses
Sitzungsdauer: 16:00 Uhr bis 18:15 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzender

Schüdzig, Herbert

Ausschussmitglieder

Bunjes, Gertrud

Funk, Harry

Hartl, Arnulf

Matern, Hans

Rasenack, Marianne

Zillmer, Dirk

Grundmandat

Schwanzar, Bernhard

Verwaltung

Dankwardt, Angela

Jones, Stephen

Müller, Mike

Riedel, Gabriele

Protokollführerin

Rüstmann, Dietmar

Gäste

Harms, Siegfried

Husemann, Horst-Dieter

Janßen, Dieter

Werber, Gerhard

Entschuldigt waren:

Tagesordnung:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16.00 Uhr.

TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

TOP 3 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 4 Feststellen der Tagesordnung

Herr Schwanzar erklärt, dass die Grünen den vorliegenden Dringlichkeitsantrag stellen. Er sehe es als wichtig an, die Bürger bei den Haushaltsberatungen zu beteiligen. Es sei zu kritisieren, dass große Zuschussvergaben ohne Bürgerbeteiligung erfolgten.

Herr Rüstmann teilt mit, dass die NGO die geforderte Beteiligung der Bürger zum Haushalt via Internet nicht vorsehe. Es gebe zwar gem. § 22 b NGO die Möglichkeit ein Bürgerbegehren zu einzelne Angelegenheiten durchzuführen, unzulässig sei dieses jedoch bei Haushaltsentscheidungen. Allerdings hätten die Parteien im Rahmen ihrer allgemeinen politischen Arbeit die Möglichkeit, Meinungsbilder zum Haushalt aufzunehmen und bei Ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Dieses könne aber nicht als offizielles Instrument der Entscheidungsfindung angeboten werden.

Herr Hartl erklärt, er halte den Grundgedanke der Grünen für nicht verwerflich, die Verfahrensweise sei jedoch nicht richtig. Er erkundigt sich, ob es ab 2011 in der neuen Fassung der NGO Änderungen im Hinblick auf die Beteiligung von Bürgern gebe.

Herr Rüstmann erklärt, dass er sich bis zur kommenden VA-Sitzung erkundige.

Herr Schwanzar teilt mit, er sehe den Antrag als Appell, für die Bürger mehr Transparenz herzustellen. Es gebe auch die Möglichkeit, Bürgerversammlungen durchzuführen.

Frau Dankwardt führt aus, dass sich der Rat im Rahmen einer evtl. Beteiligung der Bürger bestimmte Bereiche herausuchen müsse. Er habe Informationsvorsprünge und

die Bürger seien u. U. bei Abstimmung mit der Erstellung einer Prioritätenliste überfordert. Es müsse genaue Regeln bei der Durchführung von Bürgerbefragungen geben.

Herr Schwanzar erklärt, er werde die Formulierungen des Antrages überdenke und ihn sodann in den Rat geben.

Nach kurzer Diskussion lässt der Vorsitzende über den Dringlichkeitsantrag der Grünen abstimmen:

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 0 Nein 3 Enthaltung 4 Befangen 0

Herr Schüdzig beantragt, die TOP 11.1 und 11.2 von der Tagesordnung zu nehmen, da die Unterlagen zu spät vorlagen, um diese in seiner Fraktion zu besprechen.

Herr Rüstmann erklärt, dass die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung der Sicherheit der Bürger diene und daher die Entscheidung dränge. Sein Vorschlag sei es, über den TOP zu diskutieren und ihn dann ohne Beschlussvorschlag direkt in den VA zur Entscheidung zu geben.

Der Vorsitzende lässt über seinen Antrag, die TOP 11.1 und 11.2 von der Tagesordnung zu nehmen, separat abstimmen:

Die Erweiterung um den TOP 11.1 „Unterhaltung der Straßenbeleuchtung; Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe“ wird abgelehnt:

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 2 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0

Die Erweiterung um den TOP 11.2 „Altstadtquartier; überplanmäßige Ausgabe bei der Pos. „Archäologische Untersuchung und Spielhalle“

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 2 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

Somit verbleiben beide TOP auf der Tagesordnung.

Der Vorsitzende teilt mit, das die TOP 11 und 12 vorgezogen werden sollen, damit Herr Hamacher, der hierzu ausführen solle, nicht zu lange warten müsse.

Über diesen Antrag lässt Herr Schüdzig abstimmen:

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen beschlossen.

TOP 5 Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Die Möglichkeit der Einwohnerfragestunde wird nicht in Anspruch genommen.

Zuständigkeit des Rates:

TOP 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2011 Vorlage: BV/410/2010

Herr Rüstmann führt in den Sachverhalt ein und verweist darauf, dass der Stadt 1.363,499 € zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes fehlen. Allerdings habe sich das strukturelle Defizit aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Situation gegenüber dem Vorjahr um 678.200 € reduziert.

Zusätzlich müsse noch das kumulierte Fehl der Vorjahre aufgefangen werden, das zur Zeit bei 4,3 Mio Euro liege und bis Ende 2011 auf ca. 5,3 Mio Euro ansteigen werde. Unter den gegenwärtigen Umständen werde das Defizit jedes Jahr um eine weitere Mio Euro ansteigen.

Sodann erläutert er die Entwicklung der wichtigsten Positionen des Haushaltes.

Zur Reduzierung des Defizits unterbreitet Herr Rüstmann im Weiteren verschiedene Einsparvorschläge, die in der der Niederschrift beigefügten Liste enthalten sind.

Insgesamt ergebe sich daraus ein Einsparpotenzial von 218.800 €.

Danach führt er aus, dass im investiven Bereich eine Unterdeckung von 1.026.000 € bestehe. Um einen Ausgleich zu schaffen, seien zahlreiche Änderungsvorschläge erarbeitet worden, die er ebenfalls zur Aussprache stellen wolle. Daraus ergebe sich eine Reduzierung des Gesamtvolumens des investiven Bereichs auf ink. Finanzierungstätigkeit auf 771.400 €.

Die Änderungsvorschläge für den investiven Bereich sind der Niederschrift ebenfalls als Anlage beigefügt.

Herr Rüstmann erklärt danach, dass größere Investitionen zukünftig fast ausschließlich über Kredite finanziert werden müssten, da keine ausreichenden Einnahmen mehr vorhanden seien. Allerdings sei in den vergangenen Jahren auch viel geschaffen worden, was eben einen entsprechenden Mitteleinsatz verlangt habe. Dementsprechend müsse in den nächsten Jahren ein rigider Sparkurs verfolgt werden.

Frau Dankwardt erklärt, eine Folge des Sparkurses sei, dass die MuT GmbH künftig auf einen Ausbildungsplatz verzichten müsse. Dies sei auch eine Konsequenz aus der Nichteinführung der Fremdenverkehrsabgabe.

Herr Rüstmann bemerkt, der vorgelegte Vorentwurf diene nur zur vorläufigen Haushaltsführung und habe keine Rechtsbindung. Somit müsse heute kein rechtsverbindlicher Beschluss gefasst werden. Die endgültige Verabschiedung mit Satzungsbeschluss, Beschlussfassung über das Haushaltssicherungskonzept und Vorlage bei der Kommunalaufsicht erfolge nach Abschluss aller Arbeiten in 2011.

Herr Hartl schlägt vor, den Vorentwurf mit den Änderungen zur Kenntnis zu nehmen und ohne Zustimmung an den Verwaltungsausschuss und Rat weiter zu leiten.

Nach kurzer Aussprache lässt der Vorsitzende über diesen TOP abstimmen.

Zur Kenntnis genommen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 7 Haushalt 2011; Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes
Vorlage: BV/411/2010**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt.

**TOP 8 Satzung der Stadt Jever über die Erhebung der Abgaben für die
Abwasserbeseitigung a)Gebührenkalkulation 2011 für die
Schmutzwassergebühr b)Gebührenkalkulation 2011 für die
Regenwassergebühr c) Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/409/2010**

Herr Rüstmann führt in den Sachverhalt ein.

Herr Schüdzig erkundigt sich, ob die Beratungen für die gemeinsame Abwasserbeseitigung mit der Stadt Schortens abgeschlossen seien.

Herr Rüstmann erklärt, die Verhandlungen dauerten an.

Herr Hartl regt an, die Bürger in Zusammenarbeit mit der Presse über die Gründe der Erhöhung aufzuklären, da diese sich u. U. für einen geringeren Wasserverbrauch bestraft fühlten.

Der Vorsitzende lässt abstimmen.

Beschlussvorschlag:

- a) Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung für die Schmutzwassergebühr der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.*
- b) Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung für die Niederschlagswassergebühr der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.*
- c) Die im Entwurf vorliegende 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Stadt Jever vom 10.12.2009 wird als Satzung beschlossen.*

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 9 Gebührenkalkulation 2011 für die Straßenreinigung
Vorlage: BV/399/2010**

Ohne Diskussion wird abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung der Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2011 wird mit Zustimmung zur Kenntnis

genommen. Die Gebühr bleibt mit 1,25 EUR je Fegemeter unverändert.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 10 Gebührenkalkulation 2011 der Standgelder auf den Märkten der Stadt Jever
Vorlage: BV/400/2010**

Ohne Aussprache stimmt der Ausschuss wie folgt ab:

Beschlussvorschlag:

Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung der Marktgebühren (Wochenmarkt) für das Haushaltsjahr 2011 wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Die Gebühr bleibt mit 1,50 EUR/lfm. unverändert.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 11 Grundsatzentscheidung zum Johann-Ahlers-Haus; Antrag der SWG/Sender-Gruppe
Vorlage: BV/407/2010**

Herr Rüstmann führt in den Sachverhalt ein. Er verweist darauf, dass die geforderte Grundsatzentscheidung nicht ganz unproblematisch sei, da daraus Fakten resultierten, die die Planungsfreiheit für das Tourismus-Büro am jetzigen Standort einschränkten.

Um die Frage beurteilen zu können, ob sich die Sanierung des Bestandes rechne, sei Herr Hamacher mit zu der Sitzung hinzugezogen worden.

Herr Hamacher führt aus, dass der bauliche Zustand des Gebäudes nicht optimal sei. Bei der Glasfassade mit den 40 Jahre alten Fensterscheiben müsse man vor allem im Rahmen der Energetik Abstriche machen. Des weiteren sei das Dach abgängig. Es habe seit 2006 insgesamt 8 Reparaturen gegeben und in drei bis fünf Jahren sei eine Komplett-Sanierung des Daches erforderlich. Zudem gebe es Probleme mit der Belüftung.

Allein diese energetischen Maßnahmen würden Kosten von ca. 120.000 € erfordern. Dann hätte man aber immer noch erhebliche Einschränkungen von der Funktionalität her und müsste mit 3 Ebenen klarkommen. Eine behindertengerechte Ausrichtung würde zusätzliche Kosten verursachen.

Von daher könne er nicht empfehlen, in das alte Haus zu investieren, sondern würde einen Neubau vorziehen.

Herr Rüstmann bemerkt, dass der Vortrag von Herrn Hamacher heute nur der Information diene und dieses komplexe Thema in den Fraktionen beraten werden solle.

Herr Zillmer teilt mit, er halte an den Standort für die Tourist-Info fest, da er hierfür perfekt sei. Die Bürgerbegrüungsstätte solle erhalten werden, wenn auch evtl. an anderer Stelle.

Es solle zunächst alles so belassen werden und nur die notwendigen Arbeiten am Gebäude erfolgen.

Herr Schüdzig spricht sich dafür aus, die Begegnungsstätte zu erhalten. Sie dürfe nicht von der Tourist-Info eingenommen werden.

Frau Dankwardt stellt klar, dass die Diskussion von dem „Beirat Stadtmarketing“ angeschoben wurde, der sich Gedanken zur Verbesserung des Marketings gemacht habe, was auch seine Aufgabe sei. Es sei wichtig, das Erscheinungsbild der Tourist-Info für die Gäste der Stadt zu verbessern.

Nach kurzer Aussprache wird der TOP an die Fraktionen zurück gegeben.

**TOP 11.1 Unterhaltung der Straßenbeleuchtung; Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
Vorlage: BV/417/2010**

Der Ausschuss stimmt ohne Aussprache ab.

Beschlussvorschlag:

***Die überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 6700.510000.8 mit 9.000,- € wird genehmigt.
Die Deckung dieses Betrages erfolgt durch Minderausgaben bei der Haushaltstelle 6100.620000.8 (Kosten der Ortsplanung)***

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

**TOP 11.2 Altstadtquartier; überplanmäßige Ausgabe bei der Pos.
"Archäologische Untersuchung und Spielhalle"
Vorlage: BV/416/2010**

Herr Hartl kritisiert die Verfahrensweise bei der Umsiedlung der Spielhalle. Die Art und Weise des Zustandekommens des Vertrages halte er für fragwürdig. Mit den Bauarbeiten sei bereits begonnen worden, obwohl erst ein Tag später die Beratung im VA stattgefunden habe. Somit habe es keine Möglichkeit gegeben, die Umsiedlung an den Kirchplatz zu stoppen. Nun seien erhebliche Mehrkosten entstanden, obwohl die Verwaltung dieses vorher negiert habe. Die FDP behalte sich vor, eine Presseerklärung hierzu abzugeben. Zudem sei der neue Standort am Kirchplatz nicht geeignet, die Spielhalle hätte etwas weniger zentral angesiedelt werden sollen.

Herr Rüstmann entgegnet, die Baufirma habe ohne Auftrag der Verwaltung gehandelt. Architekt Meyer habe dieses veranlasst. In der ursprünglichen Beschlussvorlage seien noch keine eindeutigen Zahlen benannt worden.

Frau Dankwardt erklärt, sie könne die Vorwürfe nicht teilen. Die Stadt sei auf das Grundstück angewiesen gewesen. Der städtebauliche Vertrag sehe vor, dem Investor die Flächen an der St.-Annen-Straße miet- und pachtfrei zu übergeben.

Herr Hartl erkundigt sich, ob die Archäologin im Vorfeld nicht gewusst habe, wie hoch ihre Kosten seien.

Herr Rüstmann teilt mit, die Kosten für die Archäologie seien niedriger ausgefallen als kalkuliert. Dieses Budget sei eingehalten worden. Die Erhöhung sei durch Kosten für die Neukonzessionierung durch den Landkreis und bauliche Auflage, wie z. B. einen zusätzlichen Sanitärbereich und eine Trennwand entstanden.

Frau Dankwardt erläutert, die Spielhalle habe sich vor der Umsiedlung ebenfalls im Stadtkern befunden und habe zudem das Recht, eine exponierte Lage in Anspruch zu nehmen. Hätte Herr Oltmanns von sich aus die Räumlichkeiten an den Spielhallenbetreiber vermietet, hätte man auch keinen Einfluss nehmen können.

Der Ausschuss stimmt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung ab.

Beschlussvorschlag:

Die überplanmäßige Ausgabe bei der Pos. 6153.361000.5 „Archäologie/Spielhalle“ von 34.827,73 € wird genehmigt. Die Deckung erfolgt über Mehreinnahmen bei der Pos. 6153.361000.5 „Archäologie/Spielhalle“ und Minderausgaben bei der Pos. 6300.950101.0 „Ausbau Ehrentrautstraße“.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 4 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses:

**TOP 12 Auflösung des Abstellraums im Johann-Ahlers-Haus; Antrag der
SWG/Sender-Gruppe
Vorlage: BV/408/2010**

Herr Müller erklärt, dass man den Vorschlag der SWG/Sender-Gruppe grundsätzlich unterstütze, jedoch trotz aller Bemühungen noch keine adäquate Alternative zur derzeitigen Abstellfläche für die MuT gefunden habe.

Herr Matern schlägt vor, Lagerflächen in den Kellerräumen der BBS zu nutzen.

Herr Müller erwidert, die Räumlichkeiten eigneten sich nicht, da sie sich zu weit entfernt von der Tourist-Info und dem Standort der Tombola seien. Man werde sich aber weiter bemühen, einen geeigneten Raum zu finden.

Der Vorsitzende lässt über den Vorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Jever Marketing und Tourismus GmbH und die Stadt Jever werden gebeten, weiterhin nach Möglichkeiten Ausschau zu halten, die Raumteiler im oberen Bereich der Begegnungsstätte im Johann-Ahlers-Haus zu öffnen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Eigene Zuständigkeit:

TOP 13 Genehmigung der Niederschrift Nr. 31 vom 18.10.2010 - öffentlicher Teil

-

Diese Niederschrift wird mit 5 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 14 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

TOP 15 Schließen der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.00 Uhr.

Genehmigt:

Herbert Schüdzig
Vorsitzende/r

Angela Dankwardt
Bürgermeisterin

Gabriele Riedel
Protokollführer/in

